

GÖTTINGER BLÄTTER

01.2021

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

5. Dezember:

► Kundgebung vom Göttinger Friedensforum gegen den Rüstungshaushalt 2021

Zum Abschluss des Jahres gab es noch einmal einen öffentlichen Protest gegen den „Wehretat“ der Bundesregierung; eine Aktion, die Mut macht, auch in Corona-Zeiten aktiv zu bleiben. Die Göttinger Kundgebung war Teil eines Aktionstages, der bundesweit in mehr als 80 Orten - von einem Bündnis u.a. aus der Friedensbewegung, den Gewerkschaften, der IPPNW und Umweltverbänden wie Greenpeace und Fridays for Future initiiert - stattfand.

Passant*innen in der Göttinger Fußgängerzone, die den Wortbeiträgen zuhörten, die Liste „Abrüsten statt Aufrüsten“ unterschrieben oder mit den Veranstalter*innen ins Gespräch kamen, hielten sich dabei natürlich an die durch Corona bedingten Sicherheitsregeln.

Am Samstag, dem 5.12. 2020, hat das Göttinger Friedensforum vor dem Alten Rathaus mit Redebeiträgen, einem Flyer und Infomaterial dagegen protestiert, dass die Rüstungsausgaben in den Etatberatungen des Bundestages mit insgesamt fast 50 Mrd. € noch einmal um ca. 2,6 % steigen sollen.

In den Reden wurde u.a. kritisiert, dass die Bundesregierung mit ihrem Haushaltsentwurf falsche politische Prioritäten setze, wenn in Zeiten von Corona, Klimawandel und steigender sozialer Ungleichheit die Ausgaben für Rüstung nahezu doppelt so hoch ausfallen, wie der

Gesundheitsetat mit 24,3 Mrd. Euro. Eine konsequente Abrüstung könne die Mittel freisetzen, die beispielsweise für dringend notwendige Neueinstellungen von Pflegekräften, eine höhere Entlohnung und eine Verbesserung der Arbeitssituation des Pflegepersonals benötigt würden, führte ein Sprecher des Göttinger Friedensforums aus. Schwerpunkte weiterer Redebeiträge waren u.a. ein möglicher Wandel der US-Außenpolitik unter dem zukünftigen Präsidenten Joe Biden im Kontext von Nato und EU-Militarisierung, sowie die geplante Bewaffnung der Heron TP-Drohnen der Bundeswehr.



Auf der Kundgebung wurden Forderungen gestellt an „Kriegsministerin“ Kramp-Karrenbauer, Bundeskanzlerin Merkel (beide sprechen sich für das Erreichen des USA-Nato-Rüstungsziels von 2% des BIP aus) und an die Vorsitzende von B90/ Die Grünen Annalena Baerbock (aktuelles Zitat in der SZ: „In manchen Bereichen muss

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2020.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Göttinger Friedensforum	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
DIE LINKE. Kreistagsinfo	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Wortbeitrag Sabine Lösing	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 02.2021
ist der 15. Januar.
Auslieferung am 21. Januar.

man mehr investieren, damit Gewehre schießen ...“):

- Statt einer Militarisierung der deutschen Außenpolitik politischer Dialog und Verhandlungen!
- Ein System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung sowie ein generelles Verbot von Rüstungsexporten!
- Ein atomwaffenfreies Deutschland und die Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrages!
- Keine Bewaffnung der Drohne Heron TP für Bundeswehreinätze!

(EkSt)

Mehr zum Thema auf S. 12 (Inhaltlich der Wortbeitrag von Sabine Lösing bei der o.g. Kundgebung, jedoch umgeschrieben auf eine Textfassung)

Die Redaktionen, die Mitarbeiter*innen, die Geschäftsführung, der Setzer, die Belegschaft, der Betriebsrat, der Drucker, der Verlag, die Versandabteilung etc. wünschen:

Nette Feiertage und einen guten (coronafreien) Rutsch in ein kämpferisches 2021!



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

▶ Verharmlosung von Wehrmachtsverbrechen weiterhin als Scharnierfunktion

Dass die Wehrmacht nicht ansatzweise eine akzeptable Traditionslinie für eine heutige Demokratie darstellt, dürfte spätestens seit der Wanderausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944“ breiter Konsens sein. Das Hamburger Institut für Sozialforschung hatte mit seiner Ausstellung, die zwischen 1995 bis 1999 durch Städte in Deutschland und Österreich reiste, eine gesellschaftliche Debatte angestoßen und die Beteiligung der Wehrmacht am NS-Raubkrieg, an der NS-Rassenpolitik und am Holocaust anhand von historischen Dokumenten belegt.

Begleitet wurde die damalige Wanderausstellung von geschichtsrevisionistischen Straßenprotesten. Hier fand sich eine Schnittmenge aus bekennenden Neonazis und dem rechten Rand der Unionsparteien zusammen, deren gemeinsamer Nenner es war, die vermeintliche „Ehre der Wehrmacht“ hochhalten zu wollen. Der größte Protestaufzug, mobilisiert von der NPD und ihrer Jugendorganisation JN, fand am 1. März 1997 in der Münchener Innenstadt statt. Etwa 5.000 Geschichtsrevisionisten, neben dem harten Kern der Faschisten auch zahlreiche Vertreter der CDU und CSU, waren damals seit an Seit aufmarschiert. Im Land Bremen führte die Agitation der CDU gegen die Ausstellung beinahe zum Bruch der dortigen CDU-SPD-Koalition. An mehreren Orten kam es zu Beschädigungen der Ausstellung, in Linz gab es anonyme Bombendrohungen. In Saarbrücken wurde am 9. März 1999 sogar ein Sprengstoffattentat gegen den Ausstellungsort verübt.

Warum dieser Blick zurück in die Mitte der 1990er an dieser Stelle? - Mit dem Einzug der AfD in die Parlamente nehmen wieder spürbar die Versuche zu, eine Kooperation von extremer Rechter und Teilen des bürgerlich-konservativen Lagers anzustoßen. Marksteine waren im Jahr 2020 u.a. die MP-Wahl von Kemmerich durch CDU, FDP und AfD in Thüringen sowie die aktuelle Posse der CDU in Sachsen-Anhalt, die eine gemeinsame Abstimmungsmehrheit

mit der AfD gegen ihre eigenen Koalitionspartner in Betracht gezogen hat.

Und in Niedersachsen? Bereits im April 2019 in Bergen wurde am Lernort M.B.89 die Ausstellung „Aufrüstung, Krieg und Verbrechen. Die Wehrmacht und die Kaserne Bergen-Hohne 1935 -1945.“ durch die Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten eröffnet. Den Ausstellungskatalog, in dem auch über die zuvor wenig bekannten Verbrechen der Wehrmachtseinheiten in nächster Nähe zum Konzentrationslager Bergen-Belsen berichtet wird, brachte der damalige Geschäftsführer der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten, Prof. Dr. Christian Wagner, heraus. Dass solch eine wehrmachtskritische Thematik in rechtsextremen Kreisen auf wenig Gegenliebe stößt, mag nicht verwundern. Ein ehemaliger Bundeswehrangehöriger aus Bergen erstattete jedenfalls gegen Wagner Anzeige wegen Äußerung "ehrenrühriger Tatsachen zum Nachteil der Wehrmachtsoldaten". In der 28-seitigen (!) Anzeige forderte er, den Ausstellungsband zu verbieten, „um Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“. „Die Juden“, schrieb der Anzeigenersteller, hätten Deutschland 1933 den Krieg erklärt, Deutschland habe sich dagegen lediglich gewehrt. 1939 sei zudem Polen der Aggressor gewesen, der den 2. Weltkrieg ausgelöst habe. Ein Mord an 6 Mio. Juden sei nach Ansicht des Anzeigenstellers historisch „nicht bewiesen“.

Also der übliche, verbale Auswurf, den Antisemiten und Rechtsextreme eben so von sich geben. – Jedoch nicht in den wachsamen Augen der Staatsanwaltschaft Göttingen, die auf dieser Grundlage tatsächlich ein Ermittlungsverfahren einleitete – gegen Christian Wagner. Ihre Ermittlungen gegen den Historiker stellte sie erst ein, nachdem öffentlicher Protest (auch seitens der VVN-BdA) erfolgt war. - Der Vorgang zeigt auf, dass auch im beschaulichen Göttingen, wo die AfD noch keinen Fuß in der Tür hat, rechtsextreme Denke im bürgerlichen Lager anschlussfähig zu sein scheint, wenn es um die Wehrmacht geht. Eine weitere Reaktion auf die Inhalte

der Ausstellung zeigte sich am 27. September, dem Weltfriedenstag. Anlässlich dieses Datums hatte die Gedenkstätte Bergen-Belsen gemeinsam mit der Stadt Bergen eine Erklärung verabschiedet, in der neben der historischen Mahnung die ungeschönte Kritik an den Verbrechen der Wehrmacht in der Region Bergen benannt wurde. Nach Verabschiedung der Erklärung versuchten allerdings die Fraktionen von CDU und FDP in einem Antrag an die Stadtverordnetenversammlung, die Inhalte zu relativieren. Sie wollten nur „Teile der Wehrmacht“ für Verbrechen verantwortlich sehen. Die Gedenkstätte kündigte daraufhin an, ihre Zustimmung zur Erklärung im Falle einer Veränderung des Textes zurückzuziehen. Auch die VVN-BdA Niedersachsen schrieb umgehend der Bürgermeisterin und den Fraktionen des Rates einen Brief, in welchem sie forderte, keine Relativierung der Verbrechen der Wehrmacht zuzulassen. Gemeinsam mit den Stimmen anderer Bündnispartner hat dieser Brief dazu beigetragen, dass CDU und FDP ihren Antrag zurückgezogen haben.

Der Brief der VVN-BdA Niedersachsen ist nachlesbar unter:
niedersachsen.vvn-bda.de/aktuell.php?text=10000310.html

Menschenversuche im Nationalsozialismus

Zeitzeugengespräch mit Rita Prigmore (geb. Winterstein)

Veranstaltet vom Bündnis zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Mittwoch, 27.01.2021, 19.30 Uhr
Altes Rathaus, Markt 9, Göttingen

Um nicht abtreiben zu müssen und deportiert zu werden, muss die junge Sinteza Theresia Winterstein ihre Kinder der NS-Zwillingsforschung zur Verfügung stellen. Direkt nach der Geburt werden ihr die Mädchen, Rita und Rolanda, fortgenommen. Von den beiden Kindern überlebte nur Rita diese Menschenversuche.

Anmeldung per Email erforderlich:
info@roma-center.de

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Statt Mitgliederversammlung:

Einladung zu einem Video-Abend am 12. Januar, 20.00 Uhr
(Zugangsdaten folgen kurzfristig per mail)"

Dieser besondere kubanische Impfstoff:

► Ein Zeichen der Hoffnung für arme Länder

Wenige Tage bevor Mitte November die kommerziellen Flüge mit Kuba wieder aufgenommen wurden, reiste der Schweizer Arzt und Professor Franco Cavalli in das Karibikland. Er überzeugte sich von der weit fortgeschrittenen Entwicklung des kubanischen Covid-Impfstoffes Soberana (heisst: «souverän»), der sich bereits in der Testphase 2 befindet. Da der kubanische Impfstoff für hohe Temperaturen geeignet ist und deshalb im Gegensatz zu den anderen Kandidaten ohne kostspielige Kühlketten gehandhabt werden kann, könnte er für Länder mit geringen Ressourcen eine echte Alternative sein. (von SERGIO FERRARI (aus der Schweiz), übernommen von www.kommunisten.ch, gekürzt)

Franco Cavalli war einer der ersten europäischen Wissenschaftler, der Kuba nach der strengen Beschränkung besuchen konnte. «Ich habe ein vorbildliches Land im Kampf gegen COVID-19 kennen gelernt. Dieses steht jedoch aufgrund der Pandemie und der Blockade heute vor einer tiefen Wirtschaftskrise», erklärt der Präsident von mediCuba Europe, einem wichtigen Netzwerk von NGOs des Gesundheitssektors, das in 13 Ländern des Kontinents vertreten ist.

Zwischen März und Montag, dem 30. November, spiegeln die offiziellen Zahlen, die von derselben Weltgesundheitsorganisation (WHO) bestätigt wurden, eine außergewöhnliche gesundheitliche Realität wider. «Kuba hat 50-mal weniger Todesfälle als die Schweiz und fast 120-mal weniger als Belgien», sagte der renommierte Onkologe ...

In den vergangenen 10 Monaten verzeichnete der karibische Staat 8233 Infektionen und nur 134 Todesfälle bei einer Bevölkerung von fast 12 Millionen Menschen. Dies entspricht einer Auswirkung von 1,18 Todesfällen pro 100.000 Einwohner. Die benachbarte Dominikanische Republik hat eine Rate von 21,92; Deutschland – ein europäisches Beispiel für die Kontrolle der Pandemie – hat 19,68; die Schweiz hat 55,53 und Belgien hat 144,73, (...).

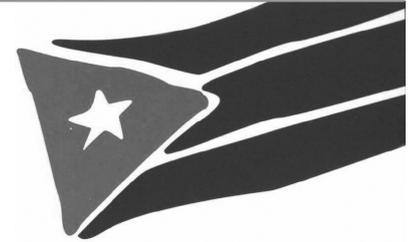
Das öffentliche Gesundheitssystem Kubas, das völlig kostenlos ist, und das vorherrschende Konzept der Gemeinschaftsmedizin «hat es uns ermöglicht, die Pandemie, die wie in vielen Ländern Lateinamerikas und der Karibik verheerende

Folgen hätte haben können, erfolgreich unter Kontrolle zu bringen», sagte Cavalli. ...

Eines der Ziele seiner Reise war es, sich über den Fortschritt des Impfstoffs zu informieren. Soberana 1 hat die erste Phase abgeschlossen. Es wurde an zwei Altersgruppen getestet, eine über 60 Jahre alt und eine jüngere. Phase 2, in der die Wirksamkeit insbesondere auf der Ebene der Zellreaktion und der Antikörper gemessen wird, ist im Gange. Sie gehen davon aus, dass sie gegen Ende des Jahres mit Phase 3 beginnen werden. Sie gehen davon aus, dass es bis Ende März fertig sein wird, und planen, es bis Mitte 2021 anzuwenden. Es gibt ein zweites Projekt, den Impfstoff Soberana 2, das ebenfalls im Gange ist. ...

«Ich bin mir in diesem speziellen Fall des SARS-CoV-2-Impfstoffs nicht sicher, ob die Produktionskapazität Kubas ausreichen würde, wenn es sich in einem Teil des Weltmarkts durchsetzen sollte. Da BioCubaFarma jedoch drei Niederlassungen in China hat, habe ich den Eindruck, dass ein Teil der Produktion, wenn überhaupt, von dort kommen könnte», reflektiert Cavalli. Der Schweizer Arzt erinnert sich, in Havanna einen schlüssigen Satz gehört zu haben, der ihn stark geprägt hat: „Wir werden nicht die Ersten sein, die einen Impfstoff haben, aber wir streben an, das erste Land zu sein, das die Impfung seiner gesamten Bevölkerung sicherstellt.“ ...

Der kubanische Impfstoff, fügt der Schweizer Wissenschaftler hinzu, könnte



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.



sogar Grenzen überwinden. Im Gespräch mit mehreren Beamten der WHO/PAHO (Panamerikanische Gesundheitsorganisation) in der kubanischen Hauptstadt «komme ich zu dem Schluss, dass die Hoffnung besteht, dass es in Ländern mit geringen Ressourcen zu erschwinglichen Preisen verteilt werden könnte. Für hohe Temperaturen geeignet – im Gegensatz zu anderen, die sich im Experiment befinden –, ohne ausgeklügelte Kühlketten zu erfordern, könnte es eine echte Alternative zu den großen pharmakologischen Labors sein».

Komplexe Situation

Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie für Kuba dürfen nicht unterschätzt werden und haben fast dramatische Auswirkungen. «Wenn man zu der verhärtenden Wirkung der Blockade noch die jüngste Entscheidung von Donald Trump hinzufügt, die Überweisungen von Familien aus den Vereinigten Staaten auf die Insel zu verhindern, ist das Bild doppelt beunruhigend», betont er. ...

Der Tourismus, einer der wesentlichen Wirtschaftszweige, ... hat in den letzten zehn Monaten der Selbstfinanzierung der Insel erheblich gelitten. «Erst jetzt wird diese Aktivität wieder aufgenommen, aber mit vielen Vorsichtsmaßnahmen», erklärt Franco Cavalli. ...

Diese komplexe Situation kann die internationale Solidarität nicht gleichgültig lassen, sagt der Präsident von mediCuba Europe. Diesem Netzwerk gelang es, in den ersten Monaten der Pandemie 600.000 Euro zu mobilisieren und das notwendige Material zur Vorbereitung der Tests sowie 25 Lungenbeatmungsgeräte sicherzustellen. (...)



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

▶ Luftfilter in alle Klassenzimmer statt Kampfjets und Killerdrohnen für die Luftwaffe

Lüften statt Luftfilter, empfehlen die Kultusminister, denn die Anschaffung von Luftfiltern für alle Klassenzimmer würde "Unsummen verschlingen". Unsummen verschlingen die neuen Waffenprojekte, die der Haushaltsausschuss des Bundestags Anfang November durchgewunken hat, kritisiert Fred Schmid in seinem Kommentar. "Menschenverachtend und zynisch ist es, diese Waffen-Deals mit der Rüstungsindustrie als Beitrag zur 'Sicherheit' unseres Landes anzupreisen, während gleichzeitig Millionen Schüler*innen weitgehend schutzlos der Covid-19-Seuche ausgesetzt sind."

Von Fred Schmid, isw, übernommen von www.kommunisten.de, gekürzt

"Wenn wir verhindern wollen, dass sich die Schulkinder im Winter alle mit dem Coronavirus infizieren, brauchen wir in jedem Klassenraum einen mobilen Luftfilter", sagte der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach. "Eine Luftfilteranlage kostet pro Schüler maximal 100 Euro. Das sollten uns die Kinder wert sein. Betriebe in der Corona-Krise hat der Staat wöchentlich mit einem Vielfachen dieser Summe unterstützt", so Lauterbach. (...)

Selbst das Umweltbundesamt, die Behörde, die die Kultusminister der Länder in solchen Fragen berät, hat die Wirksamkeit der Geräte bei richtiger Dimensionierung und Handhabung attestiert.

Professor Joachim Curtius von der Frankfurter Goethe-Uni hat Luftfiltergeräte getestet. Sein Ergebnis: 100 Prozent Schutz vor Aerosolen habe man nicht, aber "in einem typischen Klassenzimmer konnten in einer halben Stunde 90 Prozent der Aerosole entfernt werden" (...)

Mit der entsprechenden Filterkombination konnten selbst kleine Aerosol-Partikel zu 99,99 Prozent ausgeschieden werden, stellten die Forscher fest. Und: in einem 80 Quadratmeter großen Raum konnte die Aerosolkonzentration binnen sechs Minuten halbiert werden. (...)

Trotz der nachgewiesenen Wirksamkeit der Luftfilter-Geräte werden sie nicht flächendeckend und für alle Schulen beschafft. Nur vier von 16 Bundesländern geben eine finanzielle Unterstützung.

Kultusminister*innen: Lüften statt Luftfilter

Nicht einmal die Kultusminister, verantwortlich für die hygienischen und gesundheitlichen Bedingungen an den Schulen, sprechen sich geschlossen

dafür aus. "Es ist den Schulträgern, es ist den Ländern, die ja dafür zuständig wären, zu teuer", sagt Heinz-Peter Meidinger vom Deutschen Lehrerverband. Die Kultusminister empfehlen stattdessen Lüften im Zwanzig-Minuten-Takt, was einen kontinuierlichen Unterricht kaum mehr möglich macht und gerade jetzt im Winter zusätzliche Erkältungen vorprogrammiert. (...)

"Diese Anschaffung würde bei 3.000,- Euro – Sie können das dann mal hochrechnen – schon Unsummen verschlingen." Yvonne Gebauer (FDP), Bildungsministerin Nordrhein-Westfalen (31.08.2020):

"Unsummen"? Gewiss, zum Nulltarif, wie das Lüften im zwanzig-Minuten-Intervall, ist es nicht zu haben. Das "bezahlen" Schüler und Lehrer mit ihrer Gesundheit. Die Ausstattung pro Klasse mit einem Luftfilter-Gerät beziffert Gebauer auf 3.000 Euro ...

Würde man zunächst die 100.000 Klassenräume ausstatten, die nicht richtig, insbesondere nicht quer gelüftet werden können, dann würde das 300 Millionen Euro kosten. (...)

Für alle Klassenzimmer mit insgesamt 8,33 Millionen Schüler*innen an allgemeinbildenden Schulen in Deutschland würde sich der finanzielle Aufwand auf knapp 900 Millionen Euro hochrechnen. Gewiss eine gewichtige Summe. Aber "verschlingen" wären die Gelder nicht, sondern nützlich angelegt.

"Unsummen verschlingen" Waffenprojekte

"Verschlungen" sind dagegen die Gelder für neue Waffen, die der Haushaltsaus-

Mitgliederversammlungen im Januar

5. Januar:

„China heute“: Auf dem Weg in eine harmonische Gesellschaft“

Mit: Lars Mörking, OS. Lars hat in China studiert und war u.a. auch Chefredakteur der UZ

19. Januar:

„Querfront“

Entlarvung oder Spaltpilz?

Alle MV'en finden jeweils um 20.00 Uhr im Foyer des Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt. Wenn zu viele TeilnehmerInnen kommen sollten, können wir in den Saal der Rote Hilfe ausweichen.

schuss des Bundestags Anfang November durchgewunken hat – mit den Stimmen der Luftfilterverweigerer CDU/CSU, SPD und FDP. Geordert werden noch im Monat November (...) 38 Kampfjets vom Typ Eurofighter. Kostenpunkt für die sogenannte Quadriga-Tranche: 5.4 Milliarden Euro (5.400 Millionen).

Jedes dieser neuen Militärflugzeuge verschlingt die Ungeheuer-"Unsumme" von 142 Millionen Euro. Mit dem Geld für sechs dieser Kampf-Jets könnte man die Klassenzimmer aller Schulen komplett mit mobilen Luftfilter-Geräten ausstatten. (...) Es ist sicher kein Zufall, dass die Beschaffung dieser milliardenschweren Waffenprogramme mitten im Lockdown in der zweiten Corona-Welle durchgezogen wurde. Auf dem Höhepunkt der Pandemie haben die Menschen andere Sorgen, als den Hochrüstern auf die Finger zu sehen. Diese Überrumpelungstaktik der Rüstungs-Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hatte sich für sie schon in der ersten Corona-Welle bewährt (...)

Menschenverachtend und zynisch ist es, diese Waffen-Deals mit der Rüstungsindustrie als Beitrag zur "Sicherheit" unseres Landes anzupreisen, während gleichzeitig Millionen Schüler*innen weitgehend schutzlos der Covid-19-Seuche ausgesetzt sind. (...)

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde, Grone



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Was sind uns unsere Schüler wert?

Aus allen Parteien kommt die Forderung für die Bereitstellung von Raumluftfiltern in den Schulen. Die Forderung vom Stadtteilernrat nach Anschaffung solcher Geräte wird von der Verwaltung mit fadenscheinigen Argumenten abgebügelt. Dabei will der Stadtteilernrat die Geräte über Spenden und Sponsoring beschaffen. Die Stadtverwaltung befürchtet wohl, in die Pflicht zur Anschaffung genommen zu werden und dann auf den Kosten sitzen zu bleiben. Die Gegenargumente der Verwaltung klingen wie im Frühjahr als die Maske als noch nicht geeignet erschien und nun aber DAS Mittel zum Zweck ist.

Die Fraktion der Göttinger Linken im Stadtrat geht einen Schritt weiter:

„...die Stadt (muss) in Vorleistung gehen und in einer konzertierten Aktion mit den anderen Kommunen das Geld vom Land wieder zurückholen. Wir halten nichts vom privaten Sponsoring an deren Ende die Gymnasien sehr gut ausgestattet sind und die weniger finanzstarken Schulen auf der Strecke bleiben...()“

Die Anschaffung von Raumluftfiltern kann aber auch nur eine von mehreren Maßnahmen sein dem Infektionsgeschehen im Schulumfeld zu begegnen. Das unbedingte Festhalten am Präsenzunterricht versperrt den Blick auf flexibleres Reagieren. So fordert die Bundesschülerkonferenz viel mehr „Hybridunterricht“. Im täglichen oder wöchentlichen Wechsel findet für eine Hälfte der Schüler*innen weiter Präsenzunterricht statt, die andere Hälfte wird online direkt zugeschaltet.“

Ein erster (und schnell umzusetzender) Schritt könnte sein, sogenannte CO2-Ampeln zu beschaffen, die die Luftqualität im Raum messen und Hinweise geben, wann gelüftet werden sollte. Zudem könnte man da doch mal die Quellen der Sparkasse anzapfen, die in jedem ihrer Berichte beschreibt wie toll sie doch wirtschaften kann und wie sozial sie doch eingestellt ist.

Es wird immer gern betont, wie wichtig Kinder und Bildung in unserem Land sind. Treten aber Kosten auf, sind sie nur lä-



stiges Anhängsel. Viel wichtiger sind dann die Automobil- und Tourismuskonzerne, bei denen es um eine Milliarde mehr oder weniger nicht mehr ankommt.

Rolf-Dieter Gerke

► IN Grone und die Mieter*inneninitiative warnen vor den Nebenkostenabrechnungen

Zum Abschluss des Kalenderjahres kommen i.d.R. die NK-Abrechnungen aus dem Vorjahr auf die Mieter*innen zu. Die ADLER AG ist allerdings „Meister“ in falschen Abrechnungen, zumindest haben das die letzten Jahre gezeigt.

Der Verein IN Grone und die Mieter*inneninitiative wendeten sich deswegen Anfang Dezember noch einmal mit einem Flugblatt an die Mieter*innen der ADLER AG:

„Die Abrechnungen der Nebenkosten aus dem Jahr 2019 werden nun ja bald kommen; bis zum Ende des Jahres müssen sie vorliegen!

Wenn Sie darin hohe Nachzahlungsforderungen finden, sollte das unbedingt überprüft werden. Denn: In den letzten

Jahren hat die Adler AG viele Fehler bei den Abrechnungen gemacht.

Aber man kann sich dagegen wehren: Innerhalb eines Monats nach Erhalt der Abrechnung ist ein Widerspruch ohne Zahlung möglich. Oder: Sie bezahlen zunächst „Unter Vorbehalt“. Die Widerspruchsfrist läuft insgesamt über ein Jahr.

Und Sie sollten dann unbedingt die Einsicht in die Belege der Nebenkosten einfordern. Solange die Adler AG die Belege nicht vorgelegt hat, muss die Nachzahlungsforderung nicht bezahlt werden.

Es lohnt sich, die Abrechnungen und Belege der Adler AG genau zu überprüfen! Wir kennen Mieter*innen, die seit 2 Jahren nichts nachgezahlt haben, weil die ADLER AG nicht in der Lage ist, die tatsächlichen Kosten sowie



die Aufteilung auf die Mietparteien darzustellen! ...

Oder Sie legen schon einmal selbst Widerspruch ein. Dieser Widerspruch bedeutet auch, dass die ADLER AG nicht bei Ihnen abbuchen darf.

Ganz herzliche Grüße zu Jahresende und beste Wünsche für ein corona-freies 2021!
Verein „IN Grone“,
Mieter*inneninitiative Grone“



Kommunalpolitische Konferenz

Samstag, 30. Januar, 10:30 Uhr als Videokonferenz

Anmeldungen bitte bis zum 28.1. über E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Weitere Informationen zu der Konferenz auf S. 10 (GöLi-Seite)

Termine der Ortsverbände:

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Freitag, 8. Januar, 19:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dienstag, 12. Januar, 17.30 Uhr als Videokonferenz

Zugang bitte erfragen (vgl. Adressenspalte)

Pressemitteilung des Landesverbandes vom 11.12.:

▶ Und täglich grüßt das Murmeltier – Kaputtsparen ist kein Zukunftsmodell!

Der DGB hat in seinem letzten „Schlaglicht“ dargestellt, dass in keinem anderen Bundesland pro Kopf weniger investiert wird als in Niedersachsen. Zuletzt waren es gerade noch 161 Euro, der Bundesdurchschnitt hingegen liegt bei über 500 Euro.

Dazu Heidi Reichinnek, Landesvorsitzende der LINKEN. Niedersachsen: „Erneut wird im Landeshaushalt fleißig gekürzt. Die niedersächsische GroKo wiederholt gebetsmühlenartig das gleiche Märchen wie die GroKo in Berlin – entweder hinterlassen wir der nächsten Generation Schulden oder wir müssen eben kräftig sparen. Dass die brutalen Einsparungen genau dieser nachfolgenden Generation eine untragbare Bürde auferlegen, wird gern verschwiegen. Ebenso, dass wir bei Weitem nicht vor einer solchen Entscheidung zwischen Pest und Cholera stehen – Geld ist genug da, es ist nur falsch verteilt. Wir fordern endlich eine einmalige Vermögensabgabe, um die Lasten der Corona-Krise gerecht zu verteilen und eine Vermögenssteuer,

um alle Menschen gerecht an der Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge zu beteiligen!“

Co-Vorsitzender Lars Leopold ergänzt: „Sanierungsstau an Schulen und ein eklatanter Mangel an bezahlbarem Wohnraum sind nur zwei Beispiele für die Zerstörung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch das wie ein Mantra vorgebrachte Spardiktat. Jeder Euro, den die öffentliche Hand nicht ausgibt, kommt uns weit teurer zu stehen. Schaut man sich den desolaten Zustand öffentlicher Einrichtungen und die schlechte finanzielle Ausstattung wichtiger Projekte an, muss man sich wirklich fragen, wo hier überhaupt noch gespart werden soll. Aktuell sind es die engagierten Menschen in Niedersachsen, die den Laden noch am Laufen halten – die Frage ist, wie lange das noch funktionieren kann. Es wird Zeit, diese Menschen zu entlasten. Die LINKE hat ein Konzept vorgelegt, das nur die reichsten 0,7% des Landes belastet – wir sind überzeugt, die können das verkraften!“



KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: 05 51 - 29 14 05 46

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook

Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

AG Antifa

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0177 8534351

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG

IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

► KMV im November

Unter erschwerten Bedingungen hatte am 25. November eine gut besuchte Kreismitgliederversammlung mit zahlreichen Neumitgliedern stattgefunden. Aufgrund der wieder deutlich angestiegenen Corona-Zahlen wurden im wesentlichen aber nur noch die angekündigten Delegiertenwahlen zum Landesparteitag und zur Aufstellungsversammlung der Kandidaten zur Bundestagswahl durchgeführt. Das geplante Inputreferat des Landesgeschäftsführers Christoph Podstawa zur Vorbereitung der Kommunalwahl wurde

verschoben und soll zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden.

Der Landesparteitag besteht für die Dauer von zwei Jahren, seine erste Tagung ist für den 20- + 21. Februar in Wolfsburg vorgesehen. Dies kann sich natürlich unter Coronabedingungen noch ändern.

Unserem Kreisverband stehen zehn Delegierte zu, von denen mindestens fünf Frauen sein müssen. Gewählt wurden Katharina Dahme, Jeanette Kasel, Sabine Lösing, Julia Niekamp, Katja Sonntag, Jo

Bons, Timothy Bunk, Thomas Goes, Timo Rose und Edgar Schu.

Ersatzdelegierte sind Kristina Schulz, Britta Schmerling, Marina Timofeeva, Eckhard Fascher, Jost Leßmann und Peter Strathmann.

Die Aufstellungsversammlung der niedersächsischen Landesliste zur Bundestagswahl ist für den 24. April, auch in Wolfsburg, geplant. Anders als beim Landesparteitag handelt es sich um ein Gremium, das lediglich einmalig zu diesem Zweck zusammen trifft. Da nur für den Bundestag Wahlberechtigte (also nur Deutsche Staatsbürger*innen) teilnehmen können, kann die Landesliste nicht durch den Landesparteitag aufgestellt werden. Auch für dieses Gremium wurden zehn Delegierte gewählt.

Victor Perli, MdB am 27.11.2020

► DIE LINKE: Mieter vor Kündigung und Abzocke schützen

Die Corona-Krise verschärft die Sorgen vieler Mieterinnen und Mieter. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit führen zu sinkenden Einkommen. Der Bundestag hat jetzt über Vorschläge der Fraktion DIE LINKE debattiert, um den Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter zu verbessern und überhöhte Mieten zu deckeln. „Wir fordern, dass Mietern, die von der Corona-Krise stark betroffen sind, ein zusätzlicher Kündigungsschutz gewährt wird, wenn sie ihre fälligen Mieten nicht fristgerecht bezahlen konnten.

Diese Regel galt bereits in der ersten Pandemie-Phase von April bis Juni. Es muss verhindert werden, dass Menschen in dieser Krise ihre Wohnung verlieren“, so Victor Perli, der für unsere Region zuständige Bundestagsabgeordnete der LINKEN. Eigenbedarfskündigungen sollten zudem nur noch für den Wohngebrauch der Eigentümerin oder des Eigentümers selbst oder der engsten Familienangehörigen als Erstwohnsitz erlaubt sein. „Vor allem ältere und vor Ort verwurzelte Mieterinnen und Mieter müssen vor dieser sozialen Härte besser geschützt werden“, so Perli.

Eine weitere Forderung der LINKEN sorgt derzeit für Jubelstimmung bei Berlins Mieterinnen und Mietern. Dort ist die

zweite Stufe des gesetzlichen Mietendeckels in Kraft getreten. Damit werden Höchstmieten eingeführt, die maximal 20% oberhalb der Durchschnittsmieten liegen dürfen. Rund 340.000 Haushalte können sich über sinkende Mieten freuen. „Niedersachsen sollte sich dieses Modell zum Vorbild nehmen. Denn die von der Großen Koalition Ende 2016 eingeführte ‚Mietpreisbremse‘ ist wirkungslos verpufft. Mieterinnen und Mieter werden nicht ausreichend geschützt. Wir fordern daher einen gesetzlichen Mietendeckel für alle von deutlichen Mietsteigerungen betroffenen Städte und Gemeinden“, erklärt Perli, der im Haushaltsausschuss für das Thema Mieten und Wohnen zuständig ist. Zuvor war durch die Antworten des Bundesinnenministeriums auf Bundestagsanfragen von Perli bekannt geworden, dass die Angebotsmieten in Niedersachsen in den letzten Jahren fast flächendeckend deutlich stärker gestiegen sind als Löhne und Renten.

Die LINKE LV Niedersachsen am 27.11.2020 DIE LINKE Niedersachsen fordert die Ausbildung von mehr Ärzten!

Der Ärzteverband Marburger Bund hat einen Ausbau der gesundheitlichen Versorgung in Niedersachsen gefordert. Derzeit käme man auf 250 Einwohner pro Arzt, damit hat Niedersachsen die zweitschlechteste Quote im Ländervergleich. Kathrin Otte, Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE Niedersachsen, kritisiert: „Jeder vierte Arzt leistet im Schnitt mindestens 9 Überstunden die Woche. Neben Ärzten fehlen Pflegepersonal und Therapeut*innen. Dieser Zustand ist insbesondere in der Corona-Krise unhaltbar. Es ist zudem Ergebnis des auf Profit getrimmten Gesundheitssystems, in dem jahrelang insbesondere in Krankenhäusern Personal und Betten eingespart wurden. Die Versorgung muss sich aber am Interesse der Patienten orientieren. Das Gesundheitssystem muss dringend ausfinanziert werden und zurück in die öffentliche Hand.“

Thorben Peters, stellv. Landesvorsitzender DIE LINKE Niedersachsen, ergänzt: „An den Hochschulen werden viel zu wenig Ärzte ausgebildet. Das ist auch das Ergebnis einer jahrelangen Sparpolitik der Landesregierung, mit der auch Studium und Wissenschaft strukturell unterfinanziert werden. Hier muss der Landtag dringend mehr Gelder bereitstellen, um den Hochschulen mehr Studienplätze in der Medizin zu ermöglichen. Statt Schuldenbremse, braucht es reichhaltige Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge. Wir fordern eine Erhöhung der medizinischen Studienplätze um mindestens 10 Prozent.“





DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 23 – Dezember 2020

EDITORIAL

Die ellenlange Tagesordnung der Kreistagssitzung enthielt wieder einige Anträge unserer Gruppe, die abschließend beraten wurden sowie wichtige Punkte, mit denen wir uns noch weiter zu beschäftigen haben, wie der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms. Die wenigen Höhepunkte der Sitzung werden nachfolgend kurz umrissen.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
 Kreishaus, Zi. 66
 Reinhäuser Landstr. 4
 37083 Göttingen
 Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
 dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 5 - Breitband für die Zukunft

Unser Gruppenantrag forderte ein Förderprogramm zur Einrichtung von Glasfaser-Anschlüssen für kleine und mittlere Unternehmen. Ziel war, die Kosten für den erstmaligen Anschluss einer Betriebsstelle an den nächstgelegenen Glasfaser-PoP (Point of Presence) deutlich zu senken. Seitens unserer Gruppe wurde darauf hingewiesen, dass in diesem Bereich im Landkreis Göttingen deutlicher Nachholbedarf besteht. Für viele Unternehmen ist ein problemloses Home-Office nach wie vor nicht möglich.

Gewohnt unsachlich wies der SPD-Mann Motzer unseren Antrag als „populistisch“ zurück. Schließlich hätten in Deutschland alle Anspruch auf schnelles Internet, nicht nur die Zielgruppe des Antrags. Der Landkreis Göttingen kümmere sich bereits – um alle. Am Ende folgte die übliche Ablehnung.

TOP 6 - Förderprogramm Jung kauft Alt

Nachdem es in der Gemeinde Wulften bereits ein erfolgreiches Programm gegeben hat, wurde nun unsererseits für den gesamten Landkreis ein Förderprogramm beantragt, das den Ankauf und die Sanierung älterer Immobilien unterstützen soll. Angeregt wurde eine 50-prozentige Übernahme der den Gemeinden entstehenden Kosten durch den Landkreis, wenn diese ein entsprechendes Programm selbst auflegen.

Andreas Gemmecke wies für DIE LINKE zudem darauf hin, dass es durch Neubauten zu weiterer Flächenversiegelung komme, während gleichzeitig in denselben Orten beträchtlicher Leerstand vorherrsche.

Von der SPD/Grünen/FWLG-Gruppe und der CDU kam die übliche Ablehnung mit den üblichen fadenscheinigen Argumenten: Redner der SPD und der CDU wollten nicht in die Autonomie der Gemeinden eingreifen, ausge-rechnet durch Fördermittel.

TOP 17 - Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms

Zu den wichtigeren Punkten gehörte der Start des Beteiligungsverfahrens für die Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms. Deutlich wurde, dass die Windenergie den Hauptkonflikt darstellen wird. Ingrid Rüngeling (Freie Wähler) beklagte gar, dass die Dörfer auf ihre Funktion als Energielieferant reduziert würden.

Eckhard Fascher sieht für DIE LINKE die Windkraft als notwendig für den Klimaschutz an, bei allem Verständnis für negative Nebeneffekte. Er kritisierte, dass das inzwischen als gescheitert zu betrachtende Güterverkehrszentrum Lengeln/Holtensen noch im Entwurf enthalten ist. Begründet wurde dies mit einer Vorgabe der Landesraumordnung. Bei unserer Enthaltung wurde der Entwurf verabschiedet.

TOP 18 - Zusätzlicher Raumbedarf am Schulzentrum Duderstadt

Nachdem in der Vergangenheit alle unsere Anträge, in Duderstadt eine IGS einzurichten, abgelehnt wurden, beschloss der Kreistag nun eine Millioneninvestition, mit der die vorhandenen – überkommenen – Strukturen regelrecht zementiert werden sollen. Eine 20-Millionen-Investition wurde von Eckhard Fascher für unserer Fraktion daher abgelehnt, aber von der Mehrheit beschlossen.

TOP 43-45 Ausweisung von Landschafts- und Naturschutzgebieten

Üblicherweise sichert der Landkreis nach EU-Recht besonders schützenswerte Gebiete lediglich als Landschaftsschutzgebiete. Ebenso regelmäßig fordern die Umweltschutzverbände, die Unterschutzstellung als Naturschutzgebiet. DIE LINKE unterstützt dabei die Naturschutzverbände. Auf der Kreistagssitzung wurde beschlossen das FFH-Gebiet Mausohr-Jagdgebiet-Leinholz südwestlich von Friedland als Landschaftsschutzgebiet auszuweisen, was Eckhard Fascher für DIE LINKE mit dem Hinweis auf den zu geringen Schutzstatus ablehnte. Zu einer Kontroverse kam es als die Bachlandschaft und Talauen zwischen Bilshausen und Brochthausen ausnahmsweise als Naturschutzgebiet geschützt werden sollten: Die CDU wollte hier im Interesse einer Eigentümerfamilie 17 ha herausnehmen, was aber von allen Anderen abgelehnt wurde.

Anfrage Bildungs- und Teilhabepaket - Mittagsverpflegung

Nachdem es bei den Schulschließungen im Frühjahr für die Anspruchsberechtigten des Bildungs- und Teilhabepaketes im Bereich der Mittagsverpflegung zu einer völlig unhaltbaren Situation gekommen war, stellte unsere Fraktion bereits zum Sozialausschuss die Anfrage, wie sich der Landkreis denn aktuell auf eine neuerliche vergleichbare Situation vorbereite. Aus der Antwort geht hervor, dass auch einige Vorbereitungen getroffen wurden, der Landkreis bisher jedoch das Glück hatte, dass keine Schulen geschlossen werden mussten.

Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



► Chilenische Wege

Am 25. Oktober entschieden fast 80% der Chileninnen und Chilenen in einem Plebiszit, dass das Land eine neue Verfassung bekommen soll. Die geltende Verfassung wurde 1980 während der Diktatur des Generals Pinochet erlassen und erfuhr nach dem „Übergang zur Demokratie“ 1990 nur einige Retuschen. Das Plebiszit vom 25. Oktober wurde durch die Proteste von Millionen seit September 2019 erreicht, die ständig auch die „Ikone“ des „compañero Presidente“ Salvador Allende mit sich führten.

Im Roten Zentrum (Schaufenster Fo- yer) ist eine von der Linken konzipierte Ausstellung zur „Volkseinheit“ (Unidad Popular) in Chile zu sehen, einer Koalition linker Parteien, auf die sich der frei gewählte Präsident Allende stützen konnte. Vor 50 Jahren, am 4. November 1970 trat er offiziell die Regierung an. Der Militärputsch von 1973 setzte seinem wirtschaftlichen und sozialpolitischen Versuch der friedlichen Umgestaltung („camino pacifico al socialismo“) einer zutiefst ungerechten Gesellschaft ein kaltblütiges Ende. Die USA unter Präsident Richard Nixon und seinem Außenminister Henry Kissinger betrieben mit wirtschaftlicher Blockade, finanzieller Unterstützung der Opposition und militärischer „Beratung“ auch in Foltermethoden von Beginn an eine Politik, die Chile zu einem – aktenkundigen – Musterbeispiel gewalttätiger kapitalistischer Intervention werden ließ.

Allerdings trugen auch hausgemachte Probleme zum Scheitern des „Friedlichen Wegs“ bei. Die Euphorie des Wahlsiegs, die sich in wahren Freudentänzen der nach eigenverantwortlicher Organisation strebenden Arbeiterschaft manifestierte, brachte Allende in eine Zwickmühle. Zum einen war er vom Parlament nur deswegen gewählt worden, weil er die notwendigen Stimmen der Christdemokraten mit weitgehenden Garantien der Wahrung der Verfassung erkaufte. Um seine „Revolution von oben“ fortführen zu können, musste er weitergehende Forderungen der „Revolution von unten“ bremsen (z.B. schnelle Enteignungen von Boden und Fabriken). Die „Revolution von oben“ enttäuschte Anhänger der UP, die mit Erfolg ihr Bestes gaben, um Produktion und Distribution notwendiger Güter trotz Boykott aufrecht zu erhalten. Die denn doch geduldete „Revolution von unten“ beunruhigte die konservativen Christdemokraten und die nach der Armee rufende faschistoide Nationalpartei. Selbst einfache Reformprojekte scheiterten an dieser Koalition im Parlament. Die Streitkräfte waren in überwältigender Mehrheit für einen Putsch, verfassungstreue Soldaten aller Ränge wurden gefoltert und entlassen, der überzeugte Demokrat Oberbefehlshaber René Schneider wurde noch vor dem Amtsantritt Allendes ermordet.

An einen bewaffneten Aufstand des „Volkes“ zu denken, war unter diesen Umständen reine Illusion. Seine Vordenker (vor allem im „Movimiento de Izquierda Revolucionario, MIR), suchten nach dem Putsch ein Überleben im Untergrund, entkamen ins Exil - die meisten von ihnen wurden Opfer einer regelrechten Jagd der sich unter Pinochet etablierenden Diktatur.

War der „Friedliche Weg“ also ein Holzweg? Hätte Allende die Wahl zum Präsidenten lieber nicht gesucht?



Demonstration für Allende 5. September 1964

Rotes Zentrum im Januar

In eigener Sache

Der Charakter des neuen Roten Zentrums ist seit September 2018 davon getragen, nicht bloß ein räumliches Nebeneinander unterschiedlicher Parteien, Vereine und Initiativen zu organisieren, sondern auch Begegnung, Kennenlernen und gegenseitiges Verständnis der verschiedenen Nutzer*innen-Gruppen zu fördern. Dafür wird von diesen ein monatlicher Veranstaltungskalender gestaltet. Die organisatorische und inhaltliche Verantwortung liegt bei den einzelnen Nutzer*innen-Gruppen. Der Vorstand hat die Aufgabe die einzelnen Initiativen zu koordinieren sowie Gestaltung, Druck und Verbreitung des Veranstaltungskalenders umzusetzen. Die Veranstaltungen richten sich in erster Linie an die Mitglieder und Aktiven des Roten Zentrums selbst und weniger an eine allgemeine Öffentlichkeit. Viele der mittlerweile über 20 Veranstaltungen hatten sowohl einen politisch-inhaltlichen Anteil wie auch einen sozial-kulturellen Aspekt. Die monatliche Seite des Roten Zentrums in den Göttinger Blättern folgt diesen Überlegungen: der Vorstand sammelt und delegiert die Artikel, für den Inhalt sind in der Regel die Träger*innen der monatlichen Veranstaltungen selbst verantwortlich.

Ist eine „Revolution“ (DIE gibt es wohl nicht) nur durch Gewalt möglich?

Das klar gewonnene Plebiszit in Chile vom Oktober ist ein Etappensieg der Opposition von heute. Er sollte nicht darüber hinweg täuschen, dass – wie Allende nach seinem Amtsantritt sagte – die Hauptarbeit erst beginnt.

Für unsere eigene Politik stellen sich im globalen Kapitalismus ähnliche Fragen, auf die wir vor Ort als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten eigene Antworten finden müssen.

Wir bleiben dran!
Manfred Engelbert
Edgar Schu



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

🎯 Zweite Kommunalpolitische Konferenz und Programmdiskussion

Mit ihrer ersten Kommunalpolitischen Konferenz am 7. November haben die Göttinger Linke und DIE LINKE ihre Programmdiskussion begonnen. Dabei wurden insgesamt neun Arbeitsgruppen vorgestellt, die alle wesentlichen Politikfelder abdecken. Hierzu wurde ausführlich in den letzten GöBlä berichtet. Bei Redaktionsschluss haben sich einige dieser Arbeitsgruppen bereits getroffen, andere haben Termine vereinbart. Die Diskussionen stehen aber noch am Anfang, sodass eine Teilnahme noch möglich ist.

Die Arbeitsgruppen und ihre Ansprechpartner sind:

- 1) **Starke Kommunen durch ausreichende Finanzierung:** **Edgar Schu**, Tel. 0551-20190386, E-Mail: edgar.schu@goettinger-linke.de
- 2) **Wohnen als Grundrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge:** **Thomas Österreich**, Tel. 0151-54722432, E-Mail: tom-oesterreich@posteo.de
- 3) **Sozialpolitik:** **Joachim Bons**, Tel. 0551-31071, E-Mail: jbons@gwdg.de und **Andreas Gemmecke**, Tel. 0551-61401/0151-14444619, E-Mail: andreas_gemmecke@online.de
- 4) **Inklusion und Behindertenpolitik:** **Kristina Schulz**, Tel. 0162-4926920, E-Mail: schulz@wr-deutschland.de und **Gunnar Siebecke**, Tel. 0551-93435, E-Mail: g.siebecke@web.de

- 5) **Schule, Kinder- und Jugendpolitik:** **Christa Siebecke**, Tel. 0551-6336027, E-Mail: ch.siebecke@web.de und **Rolf Ralle**, Tel. 0551-796275, E-Mail: hoosralle@arcor.de
- 6) **Ökologie:** **Eckhard Fascher**, Tel. 0551-40137061/0152-32077973, E-Mail: eckhardfascher@web.de und **Christian Schüler**, Tel. 05508-8159, E-Mail: cschueler2015@gmail.com
- 7) **Kultur und Sport:** **Jost Leßmann**, Tel. 0162-6054607, E-Mail: jostup@web.de und **Oliver Preuß**, Tel. 0179-7322549, oliverpreuss@endoryan.de
- 8) **Geschlechtergerechtigkeit geht alle an!:** **Bärbel Safieh**, Tel. 0551-90036266, E-Mail: bsafieh@web.de
- 9) **Solidarität auf allen Ebenen:** **Peter Strathmann**, Tel. 0551-7701767, E-Mail: peter.strathmann@goettinger-linke.de

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Eckhard Fascher, Sabine Klohn
Oliver Preuß, Bärbel Safieh.
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
goelinke-alg-gruppe@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
Di: 13:00 – 17:00 Uhr
Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
Do: 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)
Bärbel Safieh
Edgar Schu

🎯 Das weitere Vorgehen zur Kommunalwahl

Die erste Kommunalpolitische Konferenz hat stattgefunden, die zweite ist digital geplant und auch die Arbeitsgruppen haben bis zur Auslieferung der GöBlä Treffen abgehalten. Soweit trotz Corona so gut. Die Listen zur Stadtratswahl und zur Kreistagswahl werden dann im Frühling erfolgen. Ähnliches gilt für den/die OB-Kandidaten und den/die Landratskandidaten.

Geplant ist, dass der Kommunalwahlkampf für Stadt und Landkreis gemeinsam geführt werden soll. Ein richtiger Wahlkampf wird erst möglich sein, wenn durch zahlreiche Impfungen und die wärmere Jahreszeit die Coronazahlen deutlich zurückgehen und die Hygienevorschriften gelockert werden.

Hierzu soll in der nächsten Zeit ein Wahlkampfteam gebildet werden. Erste Überlegungen zum Wahlkampf können dann auf der Konferenz bekannt gegeben werden.

Zweite Kommunalpolitische Konferenz

am Samstag, 30. Januar, um 11 Uhr per Videokonferenz

Es sind Anmeldungen erforderlich, bitte bis zum 28. Januar unter E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Es werden Euch dann rechtzeitig die Zugänge zugeschickt.

Am 30. Januar sollen erste Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen vorgestellt und im Plenum diskutiert werden. Es besteht so die Möglichkeit für Jeden und Jede, eigene Vorschläge und Ideen zu den unterschiedlichen Themengebieten unabhängig von der Teilnahme an der jeweiligen Arbeitsgruppe einzubringen. Die Arbeitsgruppen sollen dann die Ergebnisse mitnehmen und diese in ihren Entwurf einbeziehen bzw. weiter diskutieren. Die Endergebnisse der Arbeitsgruppen und der zu erstellende Programmentwurf sollen danach bei der (hoffentlich wieder als Präsenzveranstaltung stattfindenden) dritten Kommunalpolitischen Konferenz am 20. März abschließend diskutiert und beschlossen werden.

Der Sprecher*innenkreis der Göttinger Linken hatte am 8.12. beschlossen, dass diese Versammlung digital stattfinden soll. Bei Redaktionsschluss gab es deutschlandweit nahezu gleichbleibend hohe Infektionswerte. Eine Absenkung für Januar ist derzeit nicht zu erwarten, eher eine gleichbleibende oder sogar wieder eine steigende Tendenz.

Ratsantrag 18.12.2020
**Quoten für Chancenlose auf dem Wohnungsmarkt/
 Gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt**

Der Rat möge beschließen:

Die Vertreter*innen der Wohnungswirtschaft werden im Göttinger Bündnis für bezahlbaren Wohnraum aufgefordert, einen festgelegten Prozentsatz der geförderten Sozialwohnungen an Menschen zu vermieten, die aufgrund ihrer sozialen Situation ansonsten keine Chance auf eine annehmbare eigene Wohnung haben. Hierzu erarbeitet die Verwaltung eine Vorlage, die im Sozialausschuss diskutiert wird. Im Bündnis für bezahlbaren Wohnraum ist dann eine entsprechende Quote auszuhandeln, die verbindlicher Teil der städtebaulichen Verträge wird.

Begründung:

In mehreren aktuellen Anträgen und Anfragen verschiedener Ratsfraktionen wurde die desolante Situation in sogenannten „Schrottimmobilien“ sowie die Krise der Obdachlosen gerade zu Coronazeiten thematisiert. Aus den Antworten der Verwaltung geht hervor, dass es ca. 250 Obdachlose gibt. Hinzu kommen zahlreiche Menschen, die zwar ein Dach über dem Kopf, aber keine eigene Wohnung haben. Auch die Nutzer*innen der Obdachlosenunterkünfte zählen dazu.

Die meisten dieser Wohnungssuchenden haben aber auf dem angespannten Wohnungsmarkt aufgrund ihrer vielfältigen Problemlagen keinerlei Chance, eine annehmbare Wohnung zu mieten. Zum Beispiel sind Schufa-Eintrag, Suchterkrankung, psychische Auffälligkeiten oder ein unsicherer Aufenthaltsstatus absolute Hinderungsgründe. Es reicht nicht aus, auf den allgemeinen Wohnberechtigungsschein hinzuweisen. Uns geht es um einen Personenkreis, der besonders gefördert werden muss.

Daher sollten alle Akteur*innen der Wohnungswirtschaft dazu verpflichtet werden, ihre mit Steuermitteln geförderten Wohnungen zu einem bestimmten Prozentsatz an besonders Benachteiligte zu vermieten. Die Zuweisung der mit dieser Personengruppe zu belegenden Wohnungen soll über die Wohnungsvermittlung der Stadt erfolgen.

Kontaktdaten

**Fraktion Göttinger Linke
 im Rat der Stadt Göttingen**
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon: 0551- 400 2347
[goeLinke-
 Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Fraktionsmitarbeiter:
 Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo: 9:00 - 13:00 Uhr
 Di: 9:00 - 13:00 Uhr
 Mi: 14:00 - 17:00 Uhr
 Do: 13:00 - 17:00 Uhr

Antrag für den Sozialausschuss am 10.12.2020
Monitoring des kommunalen Handlungskonzeptes präzisieren

Der Sozialausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, beim Monitoring des kommunalen Handlungskonzeptes maximale Transparenz zu schaffen darüber, welchen tatsächlichen Zuwachs es an neu geplanten bzw. gebauten Wohneinheiten gibt. Der geförderte Neubau ist extra auszuweisen. Wohneinheiten, die zur Erfüllung der 30%-Quote im Bestand bezahlbar für untere Einkommen (mit maximal 6,10 € Nettokaltmiete pro qm) und mittlere Einkommen (mit 7,50 € Nettokaltmiete pro qm) bleiben, sind ebenfalls extra auszuweisen. Auch sollte da, wo es bei Baumaßnahmen bekannt wird, ermittelt werden, wie viele Wohneinheiten durch Modernisierung aus diesem bezahlbaren Bereich herausfallen.

Antrag Sitzung des Ausschusses für **Finanzen**, Wirtschaft, allg. Verwaltungsangelegenheiten und Feuerwehr am **8.12.2020**

Einberufung eines Runden Tisches „Bleiberecht für langfristig geduldete Roma“

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt einen Runden Tisch zum Bleiberecht langfristig geduldeter Roma einzuberufen. Hieran beteiligt werden sollen neben der Politik, der zuständigen Verwaltung und dem Integrationsrat Initiativen zur Unterstützung Geflüchteter wie das Roma-Center und andere, unabhängige Rechtsanwält*innen und auch Betroffene selbst.

▶ Mit welcher Politik mit Hinblick auf die Außen- und Militärpolitik werden wir unter einem Präsidenten Biden rechnen können.

Wortbeitrag (überarbeitet) von Sabine Lösing, Mtgl. des Koordinationskreises der Göttinger Friedenforum und ehemaliges Mitglied der Europarates, am 5. September zum bundesweiten Aktionstag gegen den Rüstungshaushalt 2021

Schon als das Wahlergebnis in den USA noch gar nicht feststand wurde hierzulande in Berichten und Kommentaren viel von der Notwendigkeit einer Strategischen Autonomie Europas gesprochen, gar geschwärmt.

Dies steht gleichbedeutend mit einer Verbesserung der militärischen Kapazitäten Europas, was stets so beschämend MEHR VERANTWORTUNG genannt wird.

All diese Apelle sind irreführend, denn mit den battlegroups, mit PESCO und dem Europäischen Verteidigungsfonds sind in der EU längst die Weichen gestellt.

Mit dem Schlagwort strategische Autonomie unterfüttert die EU eigene geostrategische und ökonomische Interessen mit militärischen Fähigkeiten - und zwar Hand in Hand mit USA und NATO.

Das hat nichts, aber auch gar nichts damit zu tun, die militärische Interventionspolitik der USA durch eine friedliche europäische Politik abzulösen. Und ein anhaltendes Nein aus Deutschland zu den Forderungen von NATO und den USA, die Militärausgaben in Deutschland auf 2 % des BIP anzuheben, ist

nach allen Verlautbarungen von der deutschen Kriegsministerin auch gar nicht zu erwarten. Ganz im Gegenteil.

Frau Kramp Karrenbauer möchte den Begriff „Strategische Autonomie“ nun durch den Begriff einer Politik auf „Augenhöhe“, in transatlantischer Partnerschaft mit EU und NATO ersetzen. Das bedeutet, dass die militärischen Projekte der EU zwar fortgeführt werden, aber die weltpolitische Rolle Deutschlands niemals durch eine Beschränkung des Anstiegs der Rüstungsausgaben geschmälert werden darf.

Mit dem neuen Präsidenten Biden wird sicher rhetorisch Entspannung in die Innen- und Außenpolitik treten. Doch die Polarisierungen der US-Innen- und Außenpolitik lösen sich nicht auf, der Kampf um Rohstoffe und Absatzmärkte wird weiterhin robust geführt werden - zum Teil auch militärisch.

Insbesondere im Hinblick auf China deuten Aussagen aus Bidens Berater-Team darauf hin, dass es hier wenig Hoffnung auf Entspannung geben wird: Biden will die NATO enger zusammenführen um sich stärker gegen China aufzustellen. Die mögliche US -Außenministerin Flournoy sagte, die USA seien schlecht für einen Großmacht-

konflikt mit China gerüstet und fordert milliardenschwere Modernisierung des US Militärs.

Dieser deutlich verstärkte Fokus auf China ist sehr besorgniserregend und auch die Mobilmachung gegen Russland wird weder in Europa noch in den USA infrage gestellt. Ein Beitrag im Magazin Monitor über das Netzwerk von Joe Biden hieß: „Die Rückkehr der Falken“. Wir werden mit einer aggressiven US-Interventionspolitik rechnen müssen.

Deutschland wolle sich – nach AKK – dieser Politik verstärkt zur Seite stellen, ein verstärktes Engagement Deutschlands im INDO-Pazifischen Raum nicht gegen die USA missverstanden wissen, sondern es wäre explizit eine Politik im Verbund mit den USA.

Die Aussage aus dem Umfeld Bidens den US- amerikanischen Truppenabzug aus Deutschland nicht durchzuführen, deutet auch auf eine verstärkte Zusammenarbeit hin.

So froh und erleichternd es ist, dass dieser Unhold Trump nicht wiedergewählt worden ist, wird die Welt mit einem Präsidenten Biden nicht friedlicher.

Vieles deutet zudem darauf hin, dass man es innenpolitisch in den USA eine sehr schale Wiederholung der Obama Politik zu tun bekommt. Mit dieser Politik jedoch kann man den Trumpismus nicht besiegen, im Gegenteil. Es droht eine Rückkehr dieser Politik unter verschärften Vorzeichen, wofür Trump ja viele Bedingungen geschaffen hat.

Es reicht nicht aus, einfach nicht-so-zu-sein-wie Trump, es reicht nicht gegen Rechts zu sein, sondern es braucht eine Politik, welche die sozialen Faktoren des Neofaschismus beseitigt. Dies war das Ziel der Bewegung von Sanders, aber die Parteilite hat das mit aller Kraft bekämpft.

Foto von Jens Freitag - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=56053932>



Trump oder Biden?